

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Preis: 10 Pfennige. Die Einschmuckung kostet 10 Pfennige. Bei Nicht- | Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum 12 Pfennig, die Rückseite 8 Pfennig, die viertelseitige 6 Pfennig, die halbe 4 Pfennig, die dritte 3 Pfennig, die vierte 2 Pfennig. — Für telegraphische Mitteilungen werden keine Gebühren erhoben. — Die Redaktion ist für die Rücksendung von Briefen nicht verantwortlich. — Die Redaktion ist für die Rücksendung von Briefen nicht verantwortlich.

Nr. 103.

Altensteig, Freitag den 2. Mai.

Jahrgang 1924

Ungültige Stimmzettel.

Die Stimmzettel für die Reichs- und Landtagswahl werden amtlich hergestellt. Der Stimmzettel für die Reichstagswahl enthält die ersten vier Bewerber eines jeden zugelassenen Kreiswahlvorschlages, der Stimmzettel für die Landtagswahl alle Bewerber, in Stuttgart ist die erste sechs Bewerber der zugelassenen Bezirkswahlvorschläge, wobei überall die Partei bezeichnet ist, von der die Bewerber vorgeschlagen worden sind. Die Reichstagsstimmzettel sind weiß, die Landtagsstimmzettel sind hellblau. Der Wähler legt entweder zu Hause oder im Wahlraum (Nebenraum oder Verschlag) ein Kreuz (X) in den Kreis links neben dem Wahlvorschlages, dem er seine Stimme geben will, rechts der angekreuzten Stimmzettel in den zugehörigen Wahlumschlag und gibt diesen dem Abstimmungsleiter ab, der ihn — nach Feststellung der Stimmberechtigung des Wählers — ungeöffnet in die Stimmurne legt.

Auf jedem Stimmzettel darf nur ein Wahlvorschlages angekreuzt werden; sind mehrere Wahlvorschlages angekreuzt, so ist der Stimmzettel ungültig. Andere als bloß kennzeichnende Merkmale machen den Reichstagsstimmzettel stets den Landtagsstimmzettel möglicherweise ungültig; daher sollte jeder Wähler sich darauf beschränken, den von ihm erwählten Wahlvorschlages anzukreuzen, und alle anderen Merkmale auf dem Stimmzettel unterlassen.

Der Wähler darf nur den amtlich hergestellten Stimmzettel verwenden. Ein nichtamtlicher Stimmzettel wäre ungültig. Es ist daher den Parteien nicht gestattet, den amtlichen Stimmzettel nachzudrucken, um ihn mit einer entsprechenden Eintragung an ihre Anhänger zu verschicken oder zu verteilen. Ebenfalls dürfen die amtlichen Stimmzettel an die Parteileitungen abgegeben werden, damit diese die Stimmzettel parteimäßig mit Kreuzen versehen oder sonst kennzeichnen.

Der Stimmzettel darf nur in einen amtlich abgestempelten Wahlumschlag gelegt werden; wird er in einen nichtamtlichen Umschlag gesteckt, so ist der Stimmzettel ungültig. Der Wahlumschlag darf vom Wähler mit keinerlei Zeichen oder Merkmal versehen werden; andernfalls ist der Stimmzettel ungültig. Jeder Wähler achte darauf, daß er nur einen Stimmzettel in den Wahlumschlag legt.

Der angekreuzte Stimmzettel muß in den richtigen Wahlumschlag gesteckt werden. Bei der Reichstagswahl sind Stimmzettel und Wahlumschlag weiß, bei der Landtagswahl sind Stimmzettel und Wahlumschlag hellblau. Der weiße Stimmzettel mit dem Aufdruck „Wahl zum Reichstag“ muß also in den weißen Wahlumschlag mit dem Aufdruck „Wahl zum Reichstag“ in den hellblauen Wahlumschlag mit dem Aufdruck „Wahl zum Landtag“ gesteckt werden. Der Wähler darf die Stimmzettel und Wahlumschlages nicht verwechseln, sonst ist seine Stimmabgabe ungültig.

In jeder Gemeinde sind die Stimmzettel für die Reichs- und Landtagswahl mit einem Merkmal über ihre Ausfertigung an öffentlichen Orten, insbesondere auch am Eingang zum Wahlraum, angehängt. Niemand versäume, sich vor der Wahl darüber zu unterrichten, wie er seine Stimme abzugeben hat.

Neues vom Tage.

Angenommener Schiedsspruch der Ruhrbergarbeiter.

Berlin, 1. Mai. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ hat die Ruhrbergarbeiter-Verbandsversammlung den Schiedsspruch vom 23. April über die Lohnfrage angenommen, dagegen den Schiedsspruch vom 28. April über die Arbeitszeit abgelehnt und beschlossen, nach dem 30. April die Streikmaßnahmen (über Tag 8 Stunden) zu verfahren.

Dr. Jarres zur Befreiung der besetzten Gebiete.

Wiesbaden, 1. Mai. In einer von der Deutschen Volkspartei abgehaltenen Wählerversammlung sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Jarres über außenpolitische Verhandlungen und Wahlen. Nach eindringlicher Schilderung der unerträglichen Verhältnisse des besetzten Gebiets namentlich des Industriebezirks besetzte er sich mit dem Inhalt des Sachverständigenberichts. Die Reichsregierung und der zuständige Reichstag, so bemerkte er, in voller Freiheit nach der endgültigen Entscheidung gegenüber. Das Problem könne aber nicht lediglich nach der wirtschaftlichen Seite erledigt werden. Der Minister schloß mit einem Appell an den Gemeinsinn des deutschen Volkes, das viele Schicksalstranen

namen sich die der Befreiung der besetzten Gebiete, im Glauben und im Vertrauen auf eine bessere Zukunft lösen müsse.

Frankreichs moralische Bindung.

Paris, 1. Mai. Die „Source Industrielle“ schreibt zu den Erklärungen über den Sachverständigenbericht, man habe die Sachverständigen nahezu selbständig ihre Arbeiten durchführen und bei ihren Entscheidungen unbeflüßelt gelassen, was allerdings gut war. Man habe aber gleichzeitig erklärt, von Regierung zu Regierung über die politische Seite der Frage zu verhandeln, was unvorsichtig war. Der Sachverständigenbericht sei sehr interessant, sehr lehrreich, sehr versprechend, und niemand leugne seinen Wert, aber er binde Frankreich moralisch, ob es wolle oder nicht, er binde es mit dem, was er ausspreche, er binde es sogar mit dem, was er für das Beste erwarte. Frankreich werde aus Furcht in wirtschaftlicher oder finanzieller Hinsicht die Lösung der Entschädigungsfrage zum Scheitern zu bringen, dazu verleitet, in politischen Fragen nachzugeben. Es kann sich in voller Freiheit nur noch verteidigen auf die Gefahr hin, den Anschein zu erwecken, als verstoße es die Durchführung des Sachverständigenplanes und bringe ihn zum Scheitern. Es liege auf der Hand, daß durch diese Sachlage Frankreich seinen Verhandlungsgegnern eine Möglichkeit zum Feilschen gegeben sei, um solcher Dinge willen, die mit der Entschädigungsfrage nichts zu tun haben.

Die Geldkrise.

Berlin, 1. Mai. Die Zahl der Konturte ist in dauerndem Steigen begriffen. Trotz der stark in Anspruch genommenen Rechtswohlfahrt der Geschäftsaufsicht. Nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitung „Die Bank“ sind im Januar 28, im Februar 42, im März 62 und im April 126 Konturte in Deutschland eröffnet worden.

Ein Steuerhinterzieher.

Berlin, 1. Mai. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Stockholm meldet, ist in dem schwedischen Badeort Saltsjöbaden der deutsche Kaufmann Eisenhardt auf Antrag der deutschen Behörden unter dem Verdacht verhaftet worden, Steuern in Höhe von 60 000 Goldmark hinterzogen zu haben. Weber die Auslieferung Eisenhardts an die deutschen Gerichte schweben zwischen den beteiligten Regierungen Verhandlungen.

Wieder die Militärkontrollen.

Paris, 1. Mai. Havas veröffentlicht folgenden Bericht: Die Vorkontrollenkonferenz hat sich in einer heute vormittag abgehaltenen Sitzung mit laufenden Angelegenheiten sowie mit der Antwort beschäftigt, die demnächst Deutschland in der Frage der interalliierten Militärkontrollen erteilt werden soll. Diese Note wird nicht vor nächster Woche nach Berlin abgehen können.

Italien für die Sachverständigenberichte.

London, 1. Mai. Der römische Berichterstatter der „Times“ schreibt, die italienische Regierung habe beschlossen, ihre ganze Kraft anzuwenden, um jede mögliche Initiative zu ergreifen, um zu erreichen, daß die Sachverständigenberichte wirklich angenommen und so bald wie möglich zur Durchführung gebracht würden. Mussolini sei bestrebt, das vollständige Zusammenwirken zwischen Großbritannien, Italien und Belgien zu erreichen. Er werde nach London eingehende Instruktionen in dieser Richtung senden. Dieser Schritt bedeutete eine neue Entwicklung in der italienischen Politik, welcher große Bedeutung zukomme. Mussolini sehe sehr in den Sachverständigenberichten die ersten verheißungsvollen Aussichten der Politik des laise faire ein Ende zu bereiten.

Die französisch-türkische Spannung.

London, 1. Mai. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß die Lage an der türkisch-syrischen Grenze gespannt werde. Aus Adana wird gemeldet, daß General Pachir Eddin-Pascha, der Oberbefehlshaber des fünften türkischen Armeekorps, dort mit seinem Stab eingetroffen ist, um strategische Übungen zu veranstalten. Weitere Meldungen aus Adana besagen, daß ein Dorf durch französische Artilleriefeuer vollständig zerstört und 51 Türken nach Aleppo verschleppt worden seien.

Maidemonstrationen und Zusammenstöße.

Königsberg, 1. Mai. Bei einem von den Kommunisten trotz des Verbots veranstalteten Demonstrationen kam es zwischen der Polizei und den Demonstranten zu schweren Zusammenstößen. Ein Schuß aus den Reihen der Kommunisten verwundete einen Polizeioberwachtmeister schwer am

Hand, worauf ein anderer Beamter den Täter niederschlug. Sobald die Schüsse gefallen waren, stob die Menge auseinander.

Berlin, 1. Mai. Die geplanten Demonstrationen und Anzüge der Kommunisten am 1. Mai sind nur schwache Verläufe zur Störung der öffentlichen Ordnung gewesen. Zwischen 11 und 12 Uhr war es einzelnen Trupps gelungen, bis zum Lustgarten zu gelangen, wo sie sich zu einer etwa tausendköpfigen Versammlung vereinigten. Die bereitete Polizei zerstreute in wenigen Minuten die Demonstranten ohne Anwendung der Waffengewalt.

Leipzig, 1. Mai. Die Maifeier ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Kommunisten hatten beabsichtigt, auf dem Augustenplatz eine Demonstrationssammlung abzuhalten. Die 1500–2000 Personen, die zum Augustenplatz ziehen wollten, wurden von der Polizei abgedrängt, ohne daß es zu Ausschreitungen gekommen wäre.

Stuttgart, 1. Mai. Die Kommunisten zogen nach ihrer Maifeier durch die Stadt, wurden aber in der Schloßstraße durch herittene Schupo und bereitgestellte Kraftwagen auseinander getrieben. Die Gewerkschaften hielten ihre Maifeier in der Lieberhalle, wo der Vortragsredner Ellenbogen sprach.

Der Reichskanzler zur englischen Antwort.

London, 1. Mai. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Express“ berichtet über eine Unterredung mit Reichskanzler Marx: Der Reichskanzler erklärte: Die deutsche Regierung hat mit Befriedigung gehört, daß England den Bericht als Ganzes und ohne Vorbehalte angenommen hat. Obwohl der Sachverständigenplan Deutschland Kosten auferlegt, deren Durchführbarkeit erst die Zukunft lehren kann, hat die deutsche Regierung den Bericht als Grundlage für die Lösung des Reparationsproblems angenommen unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftliche und fiskalische Einheit Deutschlands und seine Souveränität in den besetzten Gebieten sofort wieder hergestellt wird, wie es der Bericht vorsieht. In der Antwort Englands glaubt die deutsche Regierung eine Würdigung ihrer Auffassung zu erkennen. Sie hofft, daß es ohne Verzögerung gelingen wird, die wichtigsten Voraussetzungen für die Inangriffnahme des Planes zu schaffen. Die deutsche Regierung ist zurzeit damit befaßt, die gesetzgeberischen Maßnahmen vorzubereiten, die der Sachverständigenbericht vorsieht.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 2. Mai 1924.

ed. Schulforderungen des Evang. Reichslehrerbundes an den neuen Reichstag. Zur schulpolitischen Lage haben die zum 2. Reichslehrtage in Leipzig versammelten Vertreter von 4618 Ortsgruppen mit weit über 2 Mill. Mitgliedern des Evang. Reichslehrerbundes (Reichsverband Evang. Eltern- und Volkskassen) einstimmig folgende Entschliessung gefaßt: „Die Vertreterversammlung des Reichslehrerbundes fordert, daß der neue Reichstag unverzüglich ein Reichsschulgesetz schafft, das den unaufgebaren Ansprüchen des Elternrechts gerecht wird. Nur ein solches Gesetz gibt dem deutschen Volke den Schulfrieden wieder, der die Volksgemeinschaft festigt und Bahn frei macht für aufbauende Erziehungsarbeit.“

— Wälderung der Verordnung über Ausreisepässen. Auf Antrag des Verbands des Deutschen Großhandels hat das Reichsfinanzministerium die Finanzämter ermächtigt, selbständigen Gewerbetreibenden und deren Angestellten, die wiederholt oder regelmäßig notwendige Geschäftsreisen in das Ausland machen müssen und eine entsprechende Erklärung der Handelskammer vorlegen, einen Unbedenklichkeitsvermerk für mehrmalige Ausreisen in ein bestimmtes Land, in mehrere bestimmte Länder oder in besonderen Ausnahmefällen in das europäische Ausland in Monatsabschnitten bis zu drei Monaten zu erteilen, wobei die Dauer des Aufenthalts im Ausland jeweils nach den Bedürfnissen des Einzelnen zeitlich begrenzt werden kann.

— Wertlose Stimmen. Das Reichswahlgesetz beruht bekanntlich auf dem Proportionalwahlsystem mit Reichsklassen, wonach auf je 60 000 Stimmen 1 Abgeordneter entfällt, die verbleibenden Reststimmen finden zunächst im Wahlkreis Verwendung und werden schließlich dem Reichswahlvorschlages zur Verwertung überwiesen. Um jedoch eine zu starke Parteienfraktionierung zu vermeiden, die dadurch begünstigt würde, wenn auch in kleinen Gruppen, die im ganzen Reich nur

60 000 Stimmen aufzubringen vermögen, ein Mandat ihrer Reichsliste zugesprochen würde, ist die Einschränkung vorgesehen, daß keine Partei mehr Mandate ihres Reichswahlvorschlages durchbringen kann, als sie Abgeordnete in den einzelnen Wahlkreisen erhalten hat. Das bedeutet, daß die Stimmen, die für jede der vielen in der letzten Zeit gegründeten Parteien abgegeben werden dann völlig verloren sind, wenn sie nicht wenigstens in einem Wahlkreis so zahlreich vertreten sind, um einen Abgeordneten durchzubringen. Der Wähler hat dies zu beachten.

*** Hirfan, 30. April.** (Vom Sängertag.) Am Sonntag fand im Gasthof zum „Nöfle“ hier der Delegiertentag für das am 13. Juli stattfindende Sängertag statt. Geschiedenen waren Vertreter von 27 Vereinen, insgesamt meldeten sich zum Wettgefang 31 Vereine, darunter 18 im niederen und 13 im höheren Volksgefang. Scharf ging die Verammlung der Preisjäger zu Leibe. Man war sich darüber einig, daß jedes Mittel angewendet werden müsse, um unerschlichen Elementen das Handwerk zu legen. So wurde der Beschluß gefaßt, daß nur ortsanfässige Sänger am Preisgefang teilnehmen dürfen, und daß die Ortsvorsteher gebeten werden sollen, den betreffenden Vereinen eine diesbezügliche Beglaubigung auszustellen. Vereinen, die gegen diesen Beschluß vorstehen, soll der Preis entzogen werden. Auch die Einstufung einzelner Vereine in den niederen Volksgefang begegnete teilweisem Widerspruch, doch war hiergegen nichts zu machen, weil jeder Verein das Recht hatte, sich selber einzustufen.

Stuttgart, 1. Mai. (Von der Presse.) Die Presseabteilung des Staatsministeriums hat am 30. April ihr Ende erreicht. Die Regierungsräte Fischer und Herbig sind an diesem Tage aus der Presseabteilung ausgeschieden. Der erstere gehörte er nahezu 4, der letztere 2 Jahre lang an. Die Presseabteilung wird jetzt durch eine Pressestelle des Staatsministeriums ersetzt, die durch Regierungsrat Bögele geleitet wird.

In den Wahlen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, teilt der Würt. Mittelhandelsbund für Handel und Gewerbe zu den Reichs- und Landtagswahlen mit, daß seine Organisation mit dem Wahlvorschlag der „Wirtschaftlichen Vereinigung des Würt. Mittelhandels“ nichts zu tun hat.

Freilichttheater im Hopsferwald. Unter dem Protektorat von Oberbürgermeister Dr. Bantenschlager entfaltete dieses Jahr das Freilicht-Theater im Hopsferwald wiederum seine Tätigkeit. Auf der historischen Stätte soll Schillers „Wilhelm Tell“ von Juni bis August unter der bewährten Leitung von Stodinger zur Ausführung gelangen. — Die kürzlich abgehaltene Generalversammlung hat, an Stelle des verstorbenen Kommerzialsrats Stübler, den schon seit der Gründung des Freilicht-Theaters dem engeren Vorstand angehörenden Konsul Suter zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter bleibt Hofrat Watters.

Selbstmord im Gefängnis. Ein wegen zahlreicher Eigentumsvergehen im Polizeigefängnis untergebrachter, 44 Jahre alter verheirateter Kaufmann hat sich durch Zusammenstoßen der Kopftrichter und Tischentuch am Türlochen seiner Zelle erhängt.

Schwurgericht. Die Damenschneiderschneiderei M. Wöding, ein Französin, wurde vom Schwurgericht wegen fahrlässigen Faltschneidens an Stelle von 2½ Monaten Gefängnis zu der Geldstrafe von 600 Mark verurteilt. Bei Nichtleistung hatte sie wiederholt gefaßt: Barmherzigkeit nur, bis die Franzosen kommen, die werden euch Wores lehren! Diese vor mehreren Jahren gemachte Drohung leugnete sie vor dem Schwurgericht unter Eid.

Schönan, O.L. Besigheim, 1. Mai. (Brand.) In der Scheuer des Schuhmachermeisters Brinkner brach heute früh Feuer aus, das sowohl die Scheuer als auch das Wohnhaus in Asche legte. Der Schaden ist bedeutend. Futtermittel wurden vernichtet und vom Mobiliar nur wenig gerettet. Entstehungsurache unbekannt.

Redarfsm, 1. Mai. (Hochwasserschaden.) Redar, Kocher und Jagst wälzen ungeheure Wassermassen zu Tal. Die Fluren an ihren Ufern gleichen teilweise Seen. In der Redarfanalbauweise wurde ein Stück der Redar und Redarfanal trennenden Band eingedrückt; der Schaden ist indessen nicht sehr beträchtlich.

Tübingen, 1. Mai. (Meineid.) Das Schwurgericht hat die 14jährige Emilie Günther von Stammheim, O.L. Gads, wegen Meineids in einer Alimentenfache zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Kottwitz, 1. Mai. (Schwurgericht.) Vor dem Schwurgericht hatten sich der Rechnungsrat Josef Bogel von Schömberg und der Glycer Adolf Weiger von dort, ersterer wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode, letzterer wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Es handelte sich um die an der Poststadt in Schömberg erfolgten Schlägerei, wobei der 38 Jahre alte Karl Niedinger von Schömberg sein Leben lassen mußte. Die Verhandlung endigte mit der Beurteilung des Bogel zu 5 Monaten Gefängnis und des Weiger zu 1 Monat Gefängnis.

Schramberg, 1. Mai. (Schwerer Unglücksfall.) Der 62 Jahre alte verheiratete Arbeiter Wendelin Berger stürzte in einer hiesigen Fabrik vom Aufzug herab und erlitt außer einem Oberschenkelbruch noch einen schweren Schädelbruch, so daß an seinem Aufkommen gewweifelt wird.

Ulm, 1. Mai. (Schwurgericht.) Das Schwurgericht verhandelte gegen Rosine Kuhlmann, Schönerschneiderei in Holzhausen, und Georg Eberhardt, Landwirt in Steinertshausen, wegen Meineids. Die Verhandlung fand teilweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete gegen Kuhlmann auf eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 3 Jahren; gegen Eberhardt wegen Anstiftung zum Meineid zu derselben Strafe.

Ulm, 1. Mai. (Hochwasser.) Infolge der andauernd starken Gewitterregen ist die Donau seit ein paar Tagen um ein beträchtliches gestiegen. Hauptfährlich führt die Aler Hochwasser.

Neue Nachrichten aus aller Welt.

Der Taupfer „Columbus“ ist nach einer beim Norddeutschen Lloyd eingegangenen telegraphischen Meldung am 30. April, 7 Uhr abend, in Neuport glücklich eingetroffen. Trotz teilweiser stürmischer Gegenwinde ist die Jungfernfahrt dieses größten deutschen Dampfschiffes zur vollen Zufriedenheit verlaufen. Das Schiff legte die Reise in ca. 8 Tagen zurück.

Zusammenkunft der belgischen Minister mit Mussolini. Wie Havas aus Brüssel meldet, sind Besprechungen der belgischen Minister Theunis und Hymans mit Mussolini für den 18. Mai in Mailand vorgesehen.

Revolution auf Havanna. Nach einer Havameldung aus Havanna hat eine revolutionäre Bewegung in der Provinz Santa Clara begonnen. In Havanna wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

2754 Kandidaten für die französischen Wahlen. In der Nacht zum Mittwoch um Mitternacht ist die Frist zur Einreichung der Kandidaturen für die französischen Kammerwahlen beim Ministerium des Innern abgelaufen. Es lagen um die genannte Stunde 428 Listen mit 2754 Kandidaturen vor. — Ministerpräsident Poincaré hat am Mittwoch den italienischen Botschafter empfangen.

Freizonen in den amerikanischen Häfen. Nach einer Meldung des „Newport Herald“ aus Washington hat der Ausschuß des Senats sich für die Bildung von Freizonen in den amerikanischen Häfen ausgesprochen. Die Opposition dagegen, die im vergangenen Jahre auftrat, hat jetzt dem Drängen der für dieses Projekt eintretenden Senatoren nachgegeben. Die Freizonen werden es dem Einzelhandel ermöglichen, ohne Eingreifen der Zollbehörden seine Waren zu deponieren und neu zu verladen.

Genschredensplage. Große Scharen von Genschreden sind über Syrien erschienen und drohen nach Palästina einzudringen.

Buntes Allerlei.

Der deutschen Zeitung 400jähriges Jubiläum. Im Jahre 1524 wurde die erste deutsche Zeitung gedruckt. Es handelt sich dabei nicht um eine Zeitung im Sinn des heutigen Wortes, sondern um ein „Blatt“, das wie die „Coblen“ nach der Entdeckung Amerikas große Ereignisse auf dem Druckweg bekannt gab. Der Brief Columbus an den Schatzmeister Sanchez (1493), der die Entdeckung Amerikas schildert, wurde als erste „Coblen“ in allen Sprachen überfetzt und verbreitet! Die erste regelmäßig erscheinende Zeitung Deutschlands waren die „Relationen für Fürstentum und gebildeten Historien“, die erstmalig 1609 in Frankfurt herauskamen.

Um die Schuld am Unfall von Bellinzona. Auf die Klagen des Schweizerischen Lokomotivpersonalverbandes, daß die Weichen- und Signal-Anlagen bei Bellinzona Mängel aufwiesen, wodurch zum großen Teil das Unglück verursacht sei, bringt die Verwaltung der Schweizerischen Bundesbahnen eine Entgegnung. Sie erklärt, daß es sich in Bellinzona um eine durch den Bahnhofsombau bedingte vorläufige Sicherungsanlage handle. Diese sei aber immerhin so eingerichtet, daß Unfälle nur dann entstehen können, wenn gleichzeitig eine Reihe von schwerwiegenden Fehlern begangen wie dies tiefstudierter Weise bei dem Unfall in Bellinzona der Fall gewesen sei. Solche vorläufigen Maßnahmen kämen bei jedem Bahnhofsombau vor. Unfälle vermieden aber auch die vollkommenen, nach dem modernsten Stand der Technik aufgestellte Anlagen nicht zu verhindern, wenn die Signale nicht beachtet werden. Der Schweizerische Lokomotivpersonalverband sagt allerdings in seiner Entschuldig, daß dieser Umbau schon vier Jahre dauere.

Hochwasser in Italien. Verursacht durch die starke Schneeschmelze führen die Flüsse in dem Tal des Val Tezzo, wo im vergangenen Jahre der Bruch des Staubedens des Glenobaches mehrere 100 Menschenleben kostete, wieder Hochwasser, das unter der Bevölkerung starke Beunruhigung hervorgerufen hat, besonders da die Flüsse seit dem furchtbaren Unglück nicht eingedämmt wurden. Der Präfekt von Brescia hat sich bereits in Begleitung eines Ingenieurs an Ort und Stelle begeben.

D.N.J. Wieder ein genossenschaftliches Auswanderungsunternehmen gescheitert! Die im Januar 1923 gegründete „Colonia Suabia“ des Herrn Friedrich Keller, Stuttgart, hat während des Jahres 1923 zahlreiche für Südamerika interessierte Auswanderungslustige in Atem gehalten. Man sah den Erfolgen der im April und Juni 1923 ausreisenden Gruppe dieser Genossenschaft mit umso größerer Hoffnung entgegen, weil sie von einem landes- und sprachkundigen Führer geleitet wurde. Noch ehe die zweite Gruppe ans Ziel gekommen war, trafen Berichte aus Sao Paulo ein, wonach die Gruppe nach allerlei Mühen und allerlei Enttäuschungen endlich Ländereien im Hinterlande von Sao Paulo gefunden hatte, auf denen Baumwolle gezechtet werden sollte. Auf diese Nachricht hin hat sich Ende 1923 ein Gruppe von über 200 Württembergern aus der Gegend von Schweningen ebenfalls nach Sao Paulo auf die Ländereien der Colonia Suabia bei Prefekte Wenzeslau begeben. Das Deutsche Auslandsinstitut äußerte damals Bedenken dagegen, daß so große Gruppen so schnell hintereinander nach dem gleichen Ziele streben, zumal bisher alle genossenschaftlichen Auswanderungsunternehmen elend gescheitert waren. Wie begründet diese Bedenken waren, beweist ein Schreiben des bisherigen Schriftführers der „Colonia Suabia“, in dem er berichtet, daß sich diese Auswanderer- und Siedlungsgesellschaft inzwischen aufgelöst hat, nachdem sie bei verschiedenen Gläubigern Schulden für Lebensmittel im Betrag von ungefähr 12 Contos de Reis gemacht hat. Von 70 Mitglieder der Colonia Suabia sind etwa 50 und hauptsächlich solche, die diese Schulden hatten, davongelaufen. Die noch am Plage befindlichen Mitglieder arbeiten zurzeit ausnahmslos an dem Bau einer Automobilstraße, welche die Landverkäuferin, die Firma Mendes Campos und die durch ihre Ländereien anleihen läßt. Man hofft,

daß es dadurch den Mitgliedern ermöglicht wird, bis zur Ernte durchzuhalten und eine Einzahlung auf das Land zu leisten. Durch die anhaltende Trockenheit der letzten Monate ist die Ernte allerdings schwer gefährdet. Der frühere Direktor der Colonia Suabia, Friedrich Keller, hat sich im Oktober 1923 auf 6 Monate beurlauben lassen. Er ist nach Curitiba abgereist und wird nicht mehr zurückkehren. Die Gesellschaft kann sich vor Anfragen aus Deutschland, besonders vor Bitten um Vermittlung von Freifahrten durch die brasilianische Regierung, kaum retten und bittet das Deutsche Auslands-Institut, die Öffentlichkeit über den Stand der „Schwabenkolonie“ zu unterrichten. Die verschiedenen Besuche der Colonia Suabia an die brasilianische Regierung um Freifahrten für zurückgebliebene Mitglieder wurden abschlägig beschieden.

Einführung der Mitgiftsteuer in Amerika. Das Repräsentantenhaus hat mit 191 gegen 65 Stimmen die Einführung einer Mitgiftsteuer beschlossen. Zu versteuern sind Mitgiftgaben von 50 000 Dollar angefangen. Die Steuer steigt progressiv bis zu 40 Prozent.

Rundfunkwahlen. Ueber den Rundfunkwahlen im Berliner Vorhaus werden nach Vereinbarung der Parteien untereinander Ansprüche anlässlich der Wahlen in die Welt gehen, darunter am 2. Mai für die Deutsche Volkspartei der Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Im Anschluß an die Verhandlungen im Erwerbslosenrat des Verwaltungsrates des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung und an die Verhandlungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände mit der Reichsregierung am 4. April hat das Reichskabinett in seiner Sitzung vom 24. April eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um durchschnittlich 20 v. H. mit Wirkung vom 5. Mai 1924 ab beschlossen.

Handel und Verkehr.

Mitliche Berliner Devisenkurse vom Donnerstag, den 1. Mai.
Die Parität verhalten sich in Billionen Papiermark.

	30. April 30. Brief	1. Mai 1. Brief	1. Brief
Amsterdam 100 Gulden	137,36	138,14	137,36
Buenos Aires 100 Pesetas	1,355	1,365	1,355
Brüssel 100 Franken	23,04	23,10	23,04
Christiania 100 Kronen	57,85	58,15	57,85
Kopenhagen 100 Kronen	70,82	71,18	70,82
Stockholm 100 Kronen	110,47	111,00	111,12
Wien 100 Schilling	18,55	18,65	18,55
London 1 Pfund Sterling	18,405	18,405	18,405
Paris 100 Franken	4,19	4,21	4,19
Madrid 100 Pesetas	27,28	27,37	27,28
Sankt Petersburg 100 Rubel	74,81	74,90	74,81
Schweden 100 Kronen	57,61	57,80	57,61
Oslo 100 Kronen	5,98	6,02	5,98
Warschau 100 Kronen	12,40	12,54	12,40

Berliner Börse, 1. Mai. Die freundlichere Stimmung bei anhaltender und bei weiteren Anzeichen zu einer leichten Geschäftsbesserung zu einer wahren Odeum des Marktes geführt. Eine Bantrulle ließen nach wie vor die Festungen, die auch heute noch allgemeiner Meinung vom Auslande her kommen worden sind. Der Kursstand kann im Allgemeinen als unbeeinträchtigt gelten. Die Kursbewegungen betreffen hauptsächlich Eisen, Kohle- und Metallwerte in Ausmaß von 1-2 Billionen Prozent. Die Geldmarktlage ist etwas leichter geworden. Am Devisenmarkt war heute wieder eine erhebliche Abnahme der Anforderungen festzustellen, so daß die Zinssätze für Nebenplätze wieder und zum Teil erheblich erhöht werden konnten.

Stuttgarter Börse, 1. Mai. Die Widerstandsfähigkeit der Börse war auch heute zu beobachten. Die Kurse konnten sich besonders und teilweise ansehnlich heben. Hauptkategorie 0,5 (0,7), Wertpapiermarkt 1 (1,5), Eisenwerte: Erlangen 8,25 (8,10), Köln und Schöne 3,75 (3,7), Schillingen 30 (37), Braunkohlen: Rosenburg 2,5 (2,4), Walle 6 (5,7), Braunkohlen: Daimler 3,1 (2,85), Zeilmehlwahl 10,75 (10,5), Zinnhand 0,5 (0,4), Schmelz: Wismut 5,8 (5,7), Bismut 2,7 (2,4), H.S.L. 4 (3,8), Rohmittel: Wismut 2 (2,1), Zinnhand 1 (0,85), Zinn 3 (2,1), — Metall 13,9 (12,75), Quecksilber 9 (8,2), Gold-Rohmaterial 6 (5,25).

Weinversteigerung im Bodenseegebiet. Die Versteigerung der Weinpreise stimmt in den deutschen Bodenseegebieten ihren Fortgang. Für ein Viertel Gewein geringerer Sorte werden im Kleinverkauf 40 A verlangt. Die Preise für die Württembergischen Unterländer Weine gehen bis zu 1,20 A für das Viertel. Dennoch ist die Lage in Vorarlberg günstiger. Für eine deutsche Rentenmark erhält man in Vorarlberg Wein für 15 000 Kronen. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn die Anwohner des Bodensees mit großer Vorliebe nach Vorarlberg wandern, um dort vom besten Wein zu trinken.

Weinversteigerung in Liechtenstein. Die Versteigerung der Weinpreise im Liechtenstein hatten sich heute Käufer eingefunden. Der Handel sollte. Es wurden Preise von 75-100 A für das Viertel erzielt. Gut gefüllte Beine waren beachtet.

Albener Butter- und Käsebörsen, 30. April. Butter 150-165, grüner Butter 15-38, Jungerbutter 150-150 A. Marktfrage: Butter in guter Qualität gefragt, in minderwertiger Überangebot. Bei Weich- und Rundkäse war die Nachfrage ruhig.

Verkehrsbedingende Stuttgarter, 1. Mai. Vom Getreidemarkt ist nichts neues zu berichten. Stimmung und Preise sind ziemlich unverändert. Es notierten je 100 Hektar: Weizen 19,25-19,75; Sommergerste 19,75-20,25; Hafer 14,25-14,75; Roggenmehl Nr. 0 20,5-21; Weizenmehl 20,5-21; Reis 10,25-10,75; Weizenklein 9,5-10; Kleber 10 bis 11, drabigerebtes Stroh 6-6,5 A.

Produktionsberichte Rastatt, 30. April. Die Lage kann als unbefriedigend zu bezeichnen werden. Es notierten: Weizen 19,25 bis 19,75; Roggen 15,25-16; Wintergerste 19,75-20,25; Hafer 15-15,25; weißer Reis ohne Schale 21,25-21,75; Weizenmehl, Rastatt 20,5-21,75; Roggenmehl 20,5, Weizenmehl und weißer Reis je nach Qualitätsbedingungen zwischen 19,75 und 21,75; Weizenuntermehl 11,25-11,75 je nach Qualität; Weizenklein 9,75-10,25; Weizenklein 9-9,5; drabigerebtes Getreidestroh 6-6,5 A.

Stuttgarter, 1. Mai. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag waren zugeführt: 45 Ochsen, 52 Bullen, 105 Jungbullen (unter 25), 116 (10) Jungkühe, 65 Kühe, 401 Kälber, 648 Schweine, 60 Schafe und 2 Ferkel. Erlös und je einem Pfund Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 40-42, zweite 35-38, Bullen erste 32-35, zweite 28-30, Jungbullen erste 19-21, zweite 14-18, dritte 12-14, Kühe erste 28-34, zweite 18-24, dritte 12-16, Kälber erste 50-60, zweite 48-54, dritte 40-44, Schweine erste 57-59, zweite 52-56, dritte 42-50 A. Verkauf: langsam.

Marktberichte vom 1. Mai. In Buchau lieferten Kalben 60 bis 100, Jungerbullen 180-200, das Paar Milchschweine 40-50 A. — In Waldsee wurden für ein Paar Milchschweine 30-40 A. erzielt. In Buchau: Kuhle 14 Kälber und 180 Milchschweine. Erlöspreis 40-70 bis 30-35 A. Handel lebhaft. — In Rastatt: Auf dem Viehmarkt wurden verkauft: 10 Ochsen zu 105-150 A, 10 Kühe zu 210-255 A, 15 Kälberinnen und Kühe zu 105-150 A. je nach Qualität. Ein Ferkel kostete 30 A, ein Milchschwein 20-30 A. — In Rastatt: Auf dem Viehmarkt wurden verkauft für Tiere 250 bis 300 A, Kühe 200-300 A, Kälberinnen 600-600 A, Milchschweine 100-120 A, Ferkel 40-50 A. Kälber 100-120 A. Auf dem Schlachtviehmarkt erzielte das Pfund Lebendgewicht: Rindfleisch erste 22 bis 24, zweite 20-22, dritte 14-18, Kühe erste 20-24, zweite 18-22, dritte 14-18, Schweine erste 54-58, zweite 48-52 A. Marktverlauf: langsam. Großvieh und Schweine kleine Ueberhand.

Der Vieh- und Schweinemarkt in Gengen war mit 20 Ochsen, 16 Kühen, 15 Kälberinnen, 36 Stück Jungvieh und Kälber sowie 150 Hektar befrachten. Erlös pro Stück für Ochsen 470-640, Kühe 250 bis 300, Kälberinnen 55-60, Jungvieh und Kälber 125-200 A. Ferkel (das Paar) 40-65 A. Handel bei Vieh mittelmäßig, bei Schweinen gut.



Letzte Nachrichten.

Die Maifeiern.

WZB. Berlin, 2. Mai. Die Veranstaltungen anlässlich des 1. Mai verliefen, soweit Meldungen aus dem Reich vorliegen, überall ruhig. Die Beteiligung ist überall schwächer gewesen, als im Vorjahr. In Düsseldorf wurde in den meisten Fabriken voll gearbeitet.

In der Schweiz.

WZB. Bern, 1. Mai. Die erste Maifeier verlief in der Schweiz unter schwacher Beteiligung. In einigen größeren Orten wurde sogar von der Veranstaltung eines Demonstrationzuges abgesehen, so auch in Solothurn zum ersten Mal seit einer Reihe von Jahren.

In Frankreich.

WZB. Paris, 1. Mai. Die Maifeier ist in Frankreich, soweit bis zum frühen Nachmittag Nachrichten vorlagen, in Ruhe verlaufen.

In Holland.

WZB. Amsterdam, 1. Mai. Der 1. Mai wurde von Sozialdemokraten in beinahe fast allen Städten Hollands durch Kundgebungen und Umzüge mit Musik gefeiert. Zwischenfälle sind bisher nicht gemeldet worden.

Die engl. Auffassung

über die Annahme des Sachverständigenberichts.

WZB. London, 1. Mai. Die hiesigen politischen Kreise scheinen heute die Aussicht auf eine Regelung und eine Annahme des Sachverständigenberichtes durch alle interessierten Mächte keineswegs pessimistisch zu beurteilen. Die große Bedeutung des heutigen Besuchs der belgischen Minister in London und ihre nützliche Rolle bei den Verhandlungen wird anerkannt. Es wird hervorgehoben, daß die Ansichten Englands, Italiens und Belgiens über den Damesbericht und die darin vertretene Notwendigkeit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands miteinander übereinstimmen. Es scheint der Eindruck vorzuherrschen, daß sich auch die französische Regierung, wenn sie auch auf der Forthauer der militärischen Befehung des Ruhrgebietes bestehe, diesen Ansichten näherte. Die Tatsache, daß die Zusammenkunft zwischen den belgischen Ministern und Mussolini nicht vor Mitte Mai stattfindet, wird dahin ausgelegt, daß entscheidende Entwicklungen nicht vor dem Ausgang der Wahlen in Deutschland und Frankreich erwartet werden können.

Die belgischen Minister in London.

WZB. London, 2. Mai. Die belgischen Minister Theunis und Hymans sind gestern Abend in London eingetroffen. Sie werden heute mit Premierminister Macdonald eine Besprechung haben.

Die Todesopfer des Wirbelssturms.

WZB. London, 2. Mai. Reuter meldet aus Atlanta: Die Zahl der Todesopfer des vorgestrigen Wirbelssturms wird auf 100 geschätzt. Hunderte sind verwundet. Zahlreiche Personen werden vermisst. Der Materialschaden wird auf etwa 10 Millionen Dollar geschätzt.

Mutmaßliches Wetter.

Bei Fortdauer westlicher Luftströmungen ist für Samstag mehrfach bedecktes, auch zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Siehe eine Beilage!

Für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Saut, Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altenfeld.

Bestellungen auf unsere Zeitung

werden fortgesetzt von der Geschäftsstelle unseres Blattes, sowie von den Agenturen und Ausrägern unserer Zeitung entgegengenommen.

Konzert

des gem. Chors HARMONIE Altensteig.



Sonntag, 4. Mai, nachmittags 4 Uhr in der Turnhalle

Der Rose Pilgerfahrt

von Robert Schumann.

Mitwirkende:

Frau Sindlinger-Eytel, Heilbronn, Sopran
 Fri. Ottilie Hahn, Stuttgart . . . Alt
 Herr M. Streible, Stuttgart . . . Tenor
 Herr K. Benz, Waiblingen . . . Baß
 Herr H. Jetter, Nagold . . . Klavier

Leitung:

Hauptlehrer Duppel, Garrweiler.

Eintrittspreise: Mk. 2.—, Mk. 1.50 u. Mk. 1.—.
 Programm u. Textheft 20 Pfg.

Saalöffnung 1/4 Uhr.

Zum Berband

empfiehlt

Frachtbriefe
 Begleitadressen
 Umlängeadressen
 Luftlebadressen
 Packpapiere
 Weißgewickelpapier
 Pergament-Ersatz
 Echt Pergament

die

W. Rieker'sche Buchd.
 Altenfeld.

Nagold.

Löwen-Sichtspiele

Samstag Abend 8.15 Uhr.
 Sonntag 2.15, 4.30, 8.15 Uhr

Das

Nadiumgeheimnis

IV. Teil

Der Ueberfall auf den
 Stahlressor
 in 7 Akten,

sowie

Luftspiel

in 3 Akten
 Anfangszeit Sonntag 2.15,
 4.30, 8.15
 Eintrittspreise
 40, 60 und 100 Pfg.

Die Württ. Bürgerpartei

erwartet von allen ihren Mitgliedern, Anhängern und Freunden, Männern und Frauen, daß sie ihre Wahlpflicht erfüllen und am Sonntag, den 4. Mai ihre Stimmzettel für die Partei abgeben.

Vor der Abgabe der beiden Stimmzettel ist auf dem Stimmzettel für die Landtagswahl in den Kreis des Wahlvorschlages Nr. 3 Vaterländisch-völkischer Wehrblock (Deutschnationale Volkspartei, Württ. Bürgerpartei und vereingte vaterl. Verbände) ein Kreuz zu machen und auf dem Stimmzettel für die Reichstagswahlen ein Kreuz in den Kreis des Wahlvorschlages Nr. 11.

Württembergische Bürgerpartei.

Gesundes, kräftiges Vieh
 nur durch
POROX
 Tierärztlich empfohlen. Verlangen Sie heute noch die für jeden Viehhalter höchstwertvollen Broschüren. Verkaufsstellen durch Filiale erkennbar, wo nicht zu haben, werden die nächstgelegenen Dörfer nachgezogen durch den allein. Fabrikanten
 J. A. Ritter, Chemische Fabrik, Stuttgart u. Herrlingen
 Hauptbezug: Stuttgart

ferner
für Kälberkühe, Mutterschweine, Milchziegen
 speziell aber zur Kälber-Aufzucht
Leinsamen-Schrot
 das Pfund zu 35 Pfg. bei
Fritz Bühler jr.
 Porox-Hauptniederlage.
 Saatwicken, Futter-Erbisen, Angerskerne, Grasmischung, Ewiger Klee, Rotklee, Hanfsamen, Flachssamen
 frische Sendungen eingetroffen
 bei Obigem.

Für die Sonntagsnummer
 unseres Blattes
 bestimmte Inserate bitten wir frühzeitig, größere schon heute Freitag Nachmittag aufzugeben.

Meine Wirtschaft
 ist wieder geöffnet.
 J. Schumann & Söhne.
1000 Mark
 werden gegen guten Zinsfuß von einem Landwirt aufgenommen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle da. Bl.
Ihre Druckarbeiten
 bekommen Sie in solider Ausführung nirgend billiger und schneller als in der
W. Rieker'schen Buchdruckerei,
 Telefon Nr. 11. Altenfeld. Telefon Nr. 11.

Gute und doch sehr billige
Musikinstrumente

wie: Geigen (ganze) von Mk. 16 — an,
Mandolinen zu Mk. 11.50,
Gitarren zu Mk. 14 —
Saiten, Mundharmonikas, Okkarinas,
Accordeons usw.

empfiehlt
LorenzENZ jr Altensteig.
Telefon Nr. 46.

Altensteig.
Morgen Samstag und Sonntag.

Mehlsuppe,

wozu freundlich einladet
Jakob Schwarz, Wirt.



Knaben-Wasch-Anzüge
Blusen und einzelne Hos:n
Reinhold Hayer Altensteig

Altensteig-Stadt.



**Freiwillige
Feuerwehr.**

Nächsten Sonntag, den 4. Mai, findet die

Frühjahrsmusterung
Berpflchtung der neu eingetretenen Mitglieder und
Berteilung der Dienstaltersabzeichen

statt. Das Gesamtkorps hat hiezu in voller und bester
Ausrüstung auszurücken.

Antreten präzis 1/8 Uhr vormittags.

Unentschuldigtes Ausbleiben oder ungenügende Entschul-
digung werden bestraft.

Den 30. 4. 24.

Das Kommando.

**An den gewerblichen Mittelstand,
an das Handwerk u. den Kleinhandel!**

Der gewerbliche Mittelstand war immer freiheitlich; Einigkeit und Recht und Freiheit war sein Ziel, als Fürsten und Adel weder deutsch noch national dachten und handelten. Der Stolz von Euch Männern des Handwerks und des Mittelstandes lag in Eurer Selbständigkeit; aus ihr wuchs der Wille zur eigenen Leistung und geschäftlichen Tüchtigkeit. Eure Frauen haben aller Welt im Krieg gezeigt, daß sie Euch gleichwertig sind.

Ordnung im Staat u. Ordnung in der Wirtschaft
sind die Voraussetzungen Eurer Lebensarbeit.

Die Tat

der letzten Jahre war die Erhaltung des Reichs in allen
Kämpfen von außen und innen und von links und rechts.

Verantwortungsbewußt und opferbereit hat die

Deutsche demokratische Partei

dabei sich für den Staatsgedanken eingesetzt. Jederzeit hat sie die schweren Lasten des verlorenen
Kriegs zu mildern versucht und in Reich und Land den

gewerblichen Mittelstand geschützt!

- Gegen die Kommunalisierung
- gegen die Ausschaltung bei Lieferungen
- gegen die Vorzugsbehandlung der Konsumvereine
- gegen die Ausschaltung bei Verteilung von Rohstoffen
- gegen die Benachteiligung der genossenschaftlichen Unternehmungen des Handwerks
- gegen die maßlosen Verdächtigungen, Wucher zu treiben
- gegen die Festsetzung unzulänglicher Verkaufspreise
- gegen die Erdrückungsgefahr durch übermäßige Ausdehnung der Kartelle und Syndikate.

Die Erhaltung Eurer Leistungsfähigkeit war und bleibt immer ihr Ziel.

Darum tritt die Deutsche demokratische Partei ein für die Neuregelung der verfallenen Gewerbe-
ordnung, für Behebung der Kreditnot, für Wegfall der Wuchergerichte und Preisprüfungsstellen, für
Belebung des Baumarkts, für Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit und gerechte Steuerveranlagung.

Sinnlos

ist das Versprechen jeder Partei, Euch Steuerfreiheit zu verschaffen, die durchführbar nur um
den Preis einer neuen gewaltigen Inflation wäre.

Wir aber rufen in jede Werkstatt und jede Verkaufsstelle als dringendes Ziel:

Nie wieder eine Zeit des Währungszerfalls und der Geldentwertung!

Der Sieg der Parteien auf der Rechten wie auf der Linken gefährdet den deutschen Staat und
die deutsche Währungsgefundung aufs neue.

Wer den Mittelstand erhalten und Staat und Wirtschaft schützen will,
der gebe seine Stimme der

Deutschen demokratischen Partei!

Volksgenossen

Wen wollt Ihr am 4. Mai wählen? Wen beauftragt
Ihr, die Geschicke des Reiches und Landes, in den nächsten
Jahren zu bestimmen.

Am liebsten würdet Ihr ja wahrscheinlich den ganzen
Reichstag und Landtag zum Teufel jagen. Leider ist das
aber noch nicht möglich. Man nuzt unseres Vertrauens
zu wählen, ist uns in der freiesten Republik der Welt ver-
boten. Wir können nur den Fettel einer Partei ab-
geben und geben damit die Geschicke des Reiches in die
Hände der Parteien, die, von den Drahtziehern an
der Börse geschoben, das Wohl des Vaterlands oder
gar das des Volks hinter andere Rücksichten stellen, stellen
müssen. Von Parteiwegen!

Was haben uns die Parteien seit der Re-
volution gebracht? Am Kriegsschlus war die Gold-
mark noch 60 Pfennige wert! Die Parteiwirtschaft
brachte sie auf 1 Billion Papiermark! Am Kriegsschlus
betragen die Schulden des Reiches noch 200 Papiermilliarden.
Bei vernünftiger Wirtschaft wäre noch alles zu retten
gewesen. Die Parteien zogen aber vor — anders zu wirt-
schaften.

In 5 Jahren Revolution wurden fast ebenso viel Minister
benötigt als in 47 Jahren des Bismarckschen Reiches.
(Jeder Minister erhält Pension! Man rechne 47 Jahre
demokratischer Republik aus!) Früher hatte nur der Reichs-
kanzler ein Auto, heute jeder Minister, weil wir heute
reicher sind. Früher bestimmte die Regierung,
was für das Volkswohl nötig schien, heute die
Börse, was ihr gut tut! Im Jahre 1924 hat der
deutsche Staatsbürger nicht weniger als 30 Steuer-
gelder zu bezahlen und darf an 90 Steuerterminen
Geld auf Finanzamt tragen. Die Erhebung der Steuern
kostet 380 Goldmillionen, das ist mehr als der ganze Lohn-
steuerabzug einbezieht, usw. usw.

Volksgenossen! Soll so weiter gewirtschaftet wer-
den, nur damit sich die Parteibonzen die Säcke
füllen, erster Klasse im Reiche herumfahren, einen nach dem
andern an die Gattergrappe bringen können? Sind wir
denn so reich, daß wir uns das leisten können? Während
wir durch den Friedensschlus von Versailles 14 Prozent
unserer Landfläche und 10 Prozent der Bevölkerung ver-
loren, vermehrte die Parteiwirtschaft die Zahl der
Abgeordneten um 16 Prozent, die Beamten um 80 Prozent,
die Steuerbeamten um 1000 Prozent! Heute wissen wir,
daß es gar nicht notwendig gewesen wäre, den Schand-
vertrag von Versailles zu unterschreiben! Wir wissen,
daß England und Amerika schon neue Verträge
in der Tasche hatten, die viel, viel günstiger für uns waren,
weil sie selbst nicht daran glaubten, daß wir unterschreiben
würden. Unsere Gesandten in den neutralen Staaten tele-
graphierten: „Nicht unterschreiben, Feind läßt abhandeln.“
Aber unsere Parteien unterschrieben doch.
Warum? Wer stand hinter ihnen, der dies
befahl? Erzberger schrieb in jenen Tagen in ein Weimarer
Stammbuch: „Eerst schaff dein Sach, dann trink und lach“.
Sie habens geschafft.

Volksgenossen! Das sind nur einige kleine Beispiele.
Sie lassen sich ins Unendliche vermehren. Ihr wißt's ja
selber.

Wollt Ihr diese Schandwirtschaft der Par-
teien noch länger dulden? Oder wollt Ihr, daß wieder
säubere Zustände in Deutschland einkehren?

Volksgenossen! Wenn Ihr die Parliamentswirtschaft
satt seid, dann wählt die Leute, die Todfeinde
des Parlamentarismus sind, die ihr Mandat da-
zu benötigen werden, die Herrschaft des inter-
nationalen Kapitals zu brechen, dem den Na-
tionalismus den Todesstoß zu geben, wählt die Liste des

Völkisch-sozialen Blocks

(nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Deutsche
Arbeiterpartei, deutsch-völkische Freiheitspartei).

Kandidaten sind:

Schultheiß Metzger-Simmersfeld
Rechtsanwalt Dr. Schmid-Leonberg.